

Branchen im Umbruch

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister und Stefan Stache¹



Foto: © wladimir804 - fotolia.com

Laut einer aktuellen Konjunkturprognose des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wächst das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 um 1,3 Prozent. Im kommenden Jahr sollen es 1,8 Prozent sein. Auch wenn die Zuwächse im historischen Vergleich damit eher auf einem niedrigen Niveau liegen, so geht es mit der Wirtschaftskraft in Deutschland seit dem Konjunkturbruch im Jahr 2009 in Folge der Finanzmarktkrise wieder stetig bergauf. Insoweit herrscht Stabilität. Auf den ersten Blick lassen sich in der Wirtschaftsentwicklung keine großen Auffälligkeiten oder gar Strukturbrüche erkennen.

Ein Perspektivwechsel auf die Ebene einzelner Branchen deutet eher auf Wandel denn auf Stabilität hin: Wie wird sich der Einzelhandel angesichts des Online-Handels von Amazon

und Co entwickeln? Erfolgt die Lebensmittelproduktion mehr in Richtung weitere Industrialisierung oder geht es mehr zu regionaler und biologischer Erzeugung? Wie verändern sich die Strukturen der Banken und der Finanzwirtschaft? Wo kommt der Strom her? Viel ist zudem von einer neuen Kreativ- und Kulturwirtschaft die Rede, die große wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Potentiale beinhalten soll. Wird damit unstete Projektarbeit zum Symbol der künftigen Arbeitsgesellschaft? Oder gelingt in diesen Branchen eine sozialstaatliche Absicherung? Die Realität spricht bislang eher für das Gegenteil. So ist beispielsweise der Anteil der in den freien akademischen Berufen tätigen Erwerbspersonen an allen Erwerbstätigen seit den 1990er Jahren gewachsen. Zugleich erhöhte sich der Anteil prekärer Einkommensbeziehungen in diesem Sektor.

Auch die klassischen Branchen der Industrie stehen vor entscheidenden Veränderungen. Nach einer Phase der Oligopolisierung durch-

¹ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

läuft die Energiewirtschaft seit einigen Jahren eine Phase der radikalen Veränderungen. Die hiesige Stahlindustrie sieht sich einer steigenden Konkurrenz aus China ausgesetzt. In der Automobilindustrie geht es vor dem Hintergrund von Abgasskandalen und strenger werdenden Umweltvorgaben nicht mehr allein um Stückzahl-Wachstum, sondern um neue Antriebstechnologien und neue Formen der Mobilität. Aus Automobilfabriken sollen perspektivisch Mobilitätsanbieter werden. Weitere Beispiele ließen sich an dieser Stelle aufzählen.

Mit dem aktuellen spw-Schwerpunkt unternehmen wir den Versuch, den Strukturverschiebungen in verschiedenen Branchen anhand von Schlaglichtern nachzugehen. So behandeln wir u.a. die für das exportbasierte deutsche Wirtschaftsmodell bedeutende Automobilindustrie und die Gesundheits- und Sozialwirtschaft, die für einen sozial-ökologischen Pfadwechsel eine wichtige Rolle spielen.

Der Stand der Arbeitsbedingungen in den Branchen der Automobilwirtschaft und des Sozialsektors prägen über den jeweiligen Bereich hinaus die kollektive Ausgestaltung der Arbeit und ihrer sozialstaatlichen Einbettung mit. Auch verläuft etwa die strukturelle Entwicklung im Einzelhandel so dynamisch, dass uns eine nähere Betrachtung besonders interessant erscheint. Mit dem Aufstieg der Kreativwirtschaft geht es zudem um die Schlüsselfrage, ob beim Aufbau des Neuen das Pendel mehr in Richtung gute Arbeit oder aber mehr in Richtung hochqualifiziertes Prekariat ausschlägt.

Basis für eine Politik der ausgewählten Wachstumsfelder

Unsere AutorInnen, denen wir für ihre Beiträge zum Heftschwerpunkt danken, sind als WissenschaftlerInnen, BeraterInnen und GewerkschafterInnen oft sehr eng mit ihren jeweiligen Branchen verbunden. So bringen sie auch eine spezifische Sichtweise und Stimmungslagen aus den jeweiligen Branchen zum Ausdruck.

Diese Sichtweisen wollen wir über die jeweilige Branche hinaus für die wirtschaftspolitische Strategiediskussion der sozialdemokratischen

Linken nutzen. Anknüpfend an die Debatte um *ausgewählte Wachstumsfelder* wollen wir eine Verständigung darüber erreichen, welche industriellen Strukturen bzw. Dienstleistungen eine sozial-ökologisch ausgerichtete Politik fördern soll. Deutschland ist international sehr stark aufgestellt und erzielt seit vielen Jahren große Exportüberschüsse. Um die Ungleichgewichte im Außenhandel nicht zu verschärfen, sollte das hiesige Wachstumsmodell stärker durch die privaten Haushalte und die Staatsnachfrage getragen werden. Dafür gibt es mit Blick auf die Bedarfe gute Argumente. In der älter werdenden Gesellschaft werden Gesundheit, Pflege und soziale Infrastruktur wichtiger. Wir verstehen den Sozialsektor nicht als Kostenverursacher, sondern als Chance für eine gut ausgestattete binnenwirtschaftlich orientierte Branche. Anstatt von Profitmaximierung steht für uns die Bedarfsdeckung unabhängig vom Geldbeutel des Einzelnen und die hohe Qualität der Dienstleistung im Mittelpunkt. Gute Sozialdienstleistungen sind eng verbunden mit den Arbeitsbedingungen der dortigen Beschäftigten. Anstelle des Personalnotstandes sollte der bedarfsgerechte Ausbau bei der Personalausstattung treten. Außerdem brauchen wir eine bessere materielle Anerkennung als Alternative zu prekärer Beschäftigung. Ähnlich lässt sich für den Bildungsbereich argumentieren, und die Kommunen könnten auch an anderen Stellen Dienstleistungen ausbauen, die die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner stärkt. Voraussetzung dafür ist die Überwindung der neoliberalen Sparpolitik, die dem notwendigen Ausbau von Bildungs-, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen entgegensteht. Für einen solchen Ansatz lässt sich politisch streiten und Mehrheiten sind dafür aus unserer Einschätzung heraus gewinnbar.

Zudem ist für uns ein einfacher demokratischer Grundgedanke entscheidend: Über die Zukunft der Wirtschaft kann nicht allein in den Chefetagen der Unternehmen entschieden werden. Es muss der erkennbare Anspruch des fortschrittlichen Lagers sein, durch eine aktive Industriepolitik stärker qualitative Aspekte demokratischer Mitgestaltung und der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen und auch Basisinnovationen – wie etwa die Elektromobilität im Verkehrsbereich – zu befördern. Unser Bezug

auf Industriepolitik macht deutlich, dass wir perspektivisch sehr stark auf industrielle Wertschöpfung und Produktion setzen. Entgegen mancher Annahme ist ein hoher Anteil der Industrie am Wirtschaftsprodukt kein Ausdruck eines Modernisierungsrückstandes.

Vielmehr muss es darum gehen, wie Industrie und auch einzelne Branchen künftig gestaltet werden sollen. Es geht um das Verhältnis von Industrie, Arbeit und Umwelt, und damit sind auch Konflikte vorprogrammiert. Dies ist keine Neuigkeit und innerhalb der politischen Linken haben Gewerkschafter und Umweltbewegte immer wieder darüber debattiert und auch Konflikte ausgetragen. Heute besteht in der politischen Linken ein breiter Konsens darüber, die Energieversorgung auf eine regenerative Basis zu stellen. Ökologische Transformation führt nicht per se zu guter Arbeit und demokratischer Mitgestaltung. Diese Binsenweisheit wird u.a. durch die triste Arbeitsrealität und die Widerstände gegen gewerkschaftliche Betätigung in der Branche der erneuerbaren Energie verdeutlicht. Auch muss es der Anspruch der politischen Linken sein, die Umstrukturierung in der traditionellen Energiewirtschaft solidarisch zu gestalten.

Politische Richtungsentscheidungen – wie die Energie- und eine Mobilitätswende – gehen immer auch mit Auswirkungen für die direkt Beschäftigten einher. Dies ist kein Argument für oder gegen eine gestaltende Industriepolitik, vielmehr geht es um die gründliche Folgenabschätzung. Wenn Politik richtigerweise die Leitlinien der Wirtschaftsentwicklung zu Gunsten von mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie mehr sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit vorgibt, so sind auch die sozialen Auswirkungen zu bedenken. Dabei gilt der einfache Grundsatz, die Politik bestimmt die gewünschte Richtung, muss aber die sozialen Folgen für Beschäftigte wie für Regionen berücksichtigen und abfedern. Gleiches gilt für den Zusammenhang von technologischen Veränderungen und sozialen Auswirkungen. Aus vorangegangenen Technologiewechseln und Strukturveränderungen wissen wir um die Möglichkeit dramatischer Folgen.

Wir gehen für die nächsten 10 bis 15 Jahre von stärkeren industriellen Umwälzungen aus.

Wie sich die Neugestaltung der Industrie vollziehen wird, ist mehr als offen. Bislang ist oft von einer gemeinsamen Herausforderung von Unternehmen, Regionen und Beschäftigten die Rede. Ein solcher Ansatz ist möglich, jedoch könnte dieser auch an sein Ende gelangen, wenn Umwälzungen konkreter werden. Möglich wäre dann auch eine kontroverse Variante mit harten Verteilungskonflikten und sozialen Auseinandersetzungen. Wir werden in den kommenden Jahren sehen, ob wir an historische Erfahrungen rund um die Strukturveränderungen des Ruhrgebiets anknüpfen müssen. Auf jeden Fall erscheint es lohnenswert, diese Erfahrungen erneut zu betrachten und für den Fall der Fälle gerüstet zu sein.

Die sozialdemokratische Linke steht für einen sozial-ökologischen Wechsel. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit guten Dienstleistungen und einer starken industriellen Basis dienen dazu, die materielle Lebensgrundlage der Bevölkerung zu verbessern. Anstatt auf abstrakter Ebene stehen zu bleiben, kann die konkrete Betrachtung auf Branchenebene hilfreich sein, um eben die Möglichkeiten und Blockaden einer sozial-ökologischen Transformation zu verstehen und beeinflussen zu können. Um ein gutes Leben für jeden zu ermöglichen, müssen wir mehr denn je über die Art und Weise des Wirtschaftens nachdenken.

Beiträge des Schwerpunkts

Das Auto verändert sich und auch die Automobilindustrie steht angesichts von Elektromobilität, Digitalisierung, Sharing-Modellen und dem Autonomen Fahren vor gewaltigen Umbrüchen. Ob die klassischen Unternehmen auch die künftigen Autos produzieren werden oder aber ob neue Anbieter wie Tesla den Automobilmarkt erobern werden, ist offen. Offen ist auch, wie die Branche die Anforderungen an eine klimaverträgliche Individualmobilität lösen kann. *Frank Iwer* und *Frederic Speidel* sprechen sich dafür aus, ambitionierte Abgasnormen als Chancen zu sehen und plädieren für eine „konditionierte Regulierung“. Der Strukturwandel der Automobilindustrie ist neben der technologischen Dimension auch eine richtungsweisende Auseinandersetzung

darüber, wie Arbeit künftig reguliert werden wird. So betonen Iwer und Speidel „Tarifpolitisch ist extreme Wachsamkeit und Durchsetzungskraft gefragt, damit die insbesondere im Kontext neuer digitaler Geschäftsmodelle gegenwärtig zu beobachtende Ausgründung und Ansiedlung von „High-Tech-Gesellschaften“ keine Unterwanderung tariflich geschützter Beschäftigung nach sich zieht“.

Matthias Machnig knüpft an diese Debatte an und stellt klar, dass der technologische Wandel der Autoindustrie auch über die Lebensbedingungen von Millionen von Beschäftigten entscheiden wird und betrachtet die politische Begleitung des Wandels als Gestaltungsaufgabe für die Sozialdemokratie. Mit Blick auf den Übergang vom Verbrennungsmotor hin zur Elektromobilität hebt Machnig die Bedeutung der inländischen Batteriezellenproduktion hervor. Diese müsse u.a. durch die Bündelung der Batterieforschung gestärkt werden.

Die politisch eingeleitete Energiewende hat die gesamte Energiewirtschaft durcheinandergerüttelt. *Michael Vassiliadis* nimmt diese Weichenstellung zum Ausgangspunkt für seine Argumentation „Nachhaltige Transformation statt soziale Disruption“.

Michaela Evans setzt sich in ihrem Beitrag mit der Gesundheits- und Sozialwirtschaft auseinander. Dabei zeigt die Autorin, dass diese Branchen stärker in den Blickpunkt von „neuen Investitions- und Kapitalstrategien“ geraten sind. Dies sei nicht grundsätzlich abzulehnen, „aber es ist dringend notwendig, Spielregeln für sozial und ökonomisch nachhaltige Innovations- und Investitionsstrategien zu entwickeln“. Genau diesen Gedanken vertreten wir als spw-Redaktion im Zusammenhang mit ausgewählten Wachstumsfeldern.

Lisa Basten setzt sich in ihrem Beitrag mit der Kreativwirtschaft auseinander. Zwar klingen Kultur und Kreativität stets hip und modern, doch die von Basten gezeigte Realität ist hingegen eher trist. Nicht selten bewegen sich viele Solo-Selbständige eher am prekären Rand als in gut abgesicherten Arbeitsverhältnissen. Spätestens hier zeigt sich, dass neben der Di-

mension Wirtschaft auch die Sozialpolitik klären muss, ob und wie projektbasierte Arbeit gestaltet werden soll, damit die Beschäftigten mit unsteten Versicherungszeiten nicht automatisch in Altersarmut landen.

Uwe Foulllong kritisiert die auch nach der Finanzmarktkrise unzureichende Regulierung der Banken und die Konzentrationsprozesse im Bankensektor. Er fordert u.a. schärfere Eigenkapitalvorschriften und eine Trennung von Investment- und Geschäftsbanken. Eine große Gefahr für die Finanzmärkte und ganze Volkswirtschaften gehe von den Schattenbanken mit ihren großen Fonds aus, die bislang weitgehend unreguliert agierten.

Orhan Akman beschreibt die Folgen der Oligopolisierung und des zunehmenden Verdrängungswettbewerbs im deutschen Einzelhandel. So habe die prekäre Beschäftigung deutlich zugenommen, wodurch auch die Gefahr von Altersarmut steige. Um die Tariffucht der Unternehmen und damit prekäre Beschäftigung zurückzudrängen, fordert ver.di, Tarifverträge im Einzelhandel für allgemeinverbindlich zu erklären. In Teilen des online-Versandhandels sei es gelungen, Betriebsräte zu etablieren. Nun komme es auf die Verbesserung der dortigen Arbeitsbedingungen an.

Arno Brandt geht in seinem Beitrag auf den Zustand der Reedereiwirtschaft als wichtigen Bestandteil der maritimen Wirtschaft in Deutschland ein. Auch wenn die Exporte Deutschlands boomen und somit viele Güter auf dem Seeweg in die Welt hinausgehen, befindet sich insbesondere die mittelständische Reedereiwirtschaft in einer existenziellen Krise. Um aus der Krise der Branche herauszukommen, bringt Brandt „Reederfonds“ ins Gespräch.

Thomas Westphal zeichnet in seinem Beitrag die Transformation von Bier, Kohle und Stahl zum „neuen Dortmund“ nach und macht damit den Zusammenhang von Branchenentwicklungen mit bestimmten Regionen klar. Spätestens an dieser Stelle bekommt der spw-Schwerpunkt einen direkten Bezugspunkt für fortschrittliche Politik auf Ebene der Kommunen und Regionen. ■